

GRÜNES AUS DEM RATHAUS

2019|01

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf



Kiezleben
Wohnen statt spekulieren

Bäume gegen Hitze

sicherer Schulweg,
besser mobil

Integration und Vielfalt

Fair und Bio
Miteinander Füreinander

WILLKOMMEN IM RATHAUS



Inhalt

Olympiapark Öffnen	3
Hilft bauen um jeden Preis gegen Wohnungsnot und steigende Mieten? ..	4
Der Milieuschutz greift jetzt auch im Bezirk	6
Der Bezirk wird »Fair & Bio«	8
Mehr Grüne Stadtnatur	10
Von Integration zu Vielfalt	12
Personalnot im Bezirk: Worte sind genug gewechselt... ..	14
Das morgendliche Verkehrschao vor den Schulen eindämmen!	15
Grüne Verkehrskonzepte	17
Musikunterricht für alle in unserem Bezirk	19
Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit angehen – über die Kältehilfe hinaus	20
Eine Ombudsperson für das Jobcenter	21
Unsere Fraktion in der BVV	22

Liebe Charlottenburger*innen,
Liebe Wilmersdorfer*innen,

die Wahlperiode ist schon mehr als zwei Jahre alt. 2016 sind wir Grüne wieder als drittstärkste Fraktion in die Bezirksverordnetenversammlung eingezogen. Mit Oliver Schruoffenegger stellen wir den Stadtrat für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt. Die Zeiten sind rauer geworden: Kiezleben wird immer teurer. Steigende Bodenpreise, Spekulation und der Ausverkauf der staatlichen Grundstücke führen zu einem rasanten Anstieg der Mieten und Verdrängung. Neue Wohnungen können sich Normalverdienende schlicht nicht mehr leisten. Mit Milieuschutzgebieten und dem Kampf gegen Zweckentfremdung versuchen wir im Bezirk die soziale Zusammensetzung zu erhalten. Währenddessen versagt die Große Koalition im Bund dabei, Share Deals und Geldwäsche zu verhindern, Modernisierungsumlagen zu senken und Wohngemeinnützigkeit zu stärken.

Sicherheit im Verkehr ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Dabei setzen wir klare Prioritäten. Ob auf dem Weg zur Schule, als Fußgänger*in an der Kreuzung oder als Radfahrende; die Infrastruktur und der Schutz vor dem motorisierten Verkehr sind längst nicht ausreichend. Viel zu oft werden gefährliche Raserei und Falschparken noch als Kavaliersdelikte bezeichnet.

Was der Bezirk tut, um Obdachlosen in der kalten Jahreszeit zu helfen und wie auch Sie Wohnungslose unterstützen können, erfahren Sie in diesem Heft. Charlottenburg-Wilmersdorf wird Fair und Bio, durch das Engagement vieler in der Fair-Trade-Town und Veranstaltungen für eine gerechte Welt.

Über alle unsere Initiativen können Sie sich auch auf der Grünen Webseite unter gruene-cw.de/bvv-fraktion informieren.

Melden Sie sich bei uns - gerne nehmen wir Ihre Anregungen auf.

Und jetzt wünschen wir viel Spaß beim Lesen.



Dr. Petra Vandrey
Fraktionsvorsitzende



Christoph Wapler
Fraktionsvorsitzender

OLYMPIAPARK ÖFFNEN

Mit dem Wunsch des Fußballvereins Hertha BSC nach einem gesonderten Fußballstadion kommt wieder Bewegung in die Debatte um den Olympiapark. Erstligavereine im Fußball gehören zu einer Großstadt wie Berlin. Dass Hertha nach dem Mauerfall das erste Mal wieder in die erste Liga aufstieg, stand auch für ein Abstreifen des Mauerdaseins Berlins. Es stieg die Hoffnung, dass Berlin als normale Stadt ernst genommen werden kann. An der Professionalisierung haperte es noch ein wenig, wie uns Beispiele wie das fortschreitende BER-Desaster gnadenlos vor die Augen halten.

Bevor also alle sich unter Jubelgeschrei für das von Hertha geforderte Fußballstadion aussprechen wäre es sinnvoll die Risiken und Nebenwirkungen für Berlin und für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf abzuschätzen. Eine Unterstützung und Festigung des Vereins ist durchaus wünschenswert. Eine kompakte

re Fußball-Arena, mag sicherlich eine Hilfe sein. Wie bei allen Großprojekten heißt es, dass der Verein allein die finanziellen Risiken trage. Die Errichtung eines großen Baukörpers, den Hertha vielleicht nicht mehr bewirtschaften kann, weil sie mal wieder in die zweite Liga abgerutscht ist, lässt sich nicht komplett ausblenden.

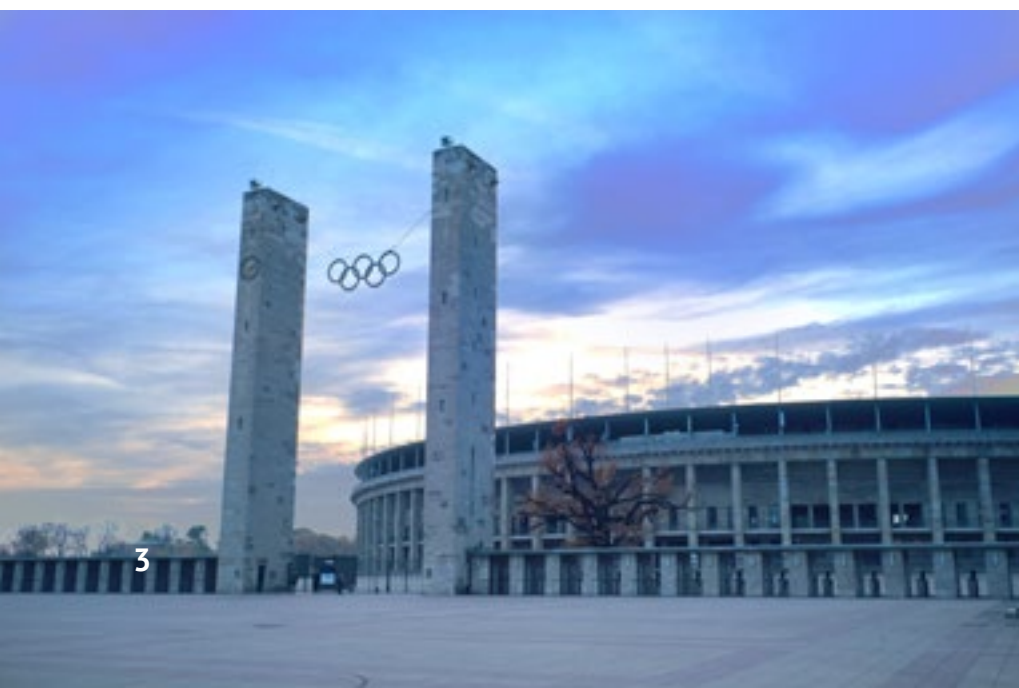
Bei der Diskussion um ein Fußballstadion dürfen der Senat und das Abgeordnetenhaus wie auch der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf nicht die weitere Nutzung des Olympiastadions aus den Augen verlieren. Die regelmäßige Nutzung durch Hertha mag die kostenintensive Erhaltung des Stadions politisch gerechtfertigt haben. Internationale Sportgroßveranstaltungen allein werden nicht für den Unterhalt ausreichen. Es würde ein trübes Bild abgeben, wenn Hertha sein neues Stadion hat, aber das daneben liegende Olympiastadion langsam, aber sicher, verfällt. Weil das Olympiastadion in eine Kule ge-



ALEXANDER KOCH
Sprecher für Sportpolitik

baut ist, würde das einfach auf die Fläche gebaute Fußballstadion trotz des kleineren Baukörpers die Situation dominieren. Die Landespolitik täte gut daran, sich bei der Neuausrichtung des Olympiaparks durch vorab geschaffene Fakten nicht in eine Ecke manövrieren zu lassen.

Vor einer Bewilligung des Fußballstadions ist die Nutzung des gesamten Olympiaparkgeländes zu überdenken. Allein wegen des erheblichen Sanierungsstaus – bereits 2001 schätzte man diesen ohne Olympiastadion auf 125 Millionen Euro – hat das Land Berlin die Frage der Nutzung des gesamten Areals vor sich hergeschoben. Weil Charlottenburg-Wilmersdorf nur noch über wenige unbebaute Flächen verfügt, besteht bei einer Neukonzipierung des Olympiageländes eine Chance für den Breitensport im Bezirk. Der Olympiapark, der größtenteils für die Öffentlichkeit nicht zugänglich ist, darf seinen Dornröschenschlaf nicht fortsetzen. Es wäre leichtsinnig, die für das Fußballstadion gewünschte Fläche zu vergeben, ohne ein Gesamtkonzept für den kompletten Olympiapark vorweisen zu können. Dabei steht eine Öffnung des Geländes für Anwohner*innen, und die Nutzung von Sportflächen auch für Vereine und den nichtorganisierten Sport im Vordergrund.



HILFT BAUEN UM JEDEN PREIS GEGEN WOHNUNGSNOT UND STEIGENDE MIETEN?

Rasant steigende Mieten, Verdrängung in den Kiezen, eine steigende Zahl von Wohnungslosen – was hilft? Wenn man der Immobilienwirtschaft und anderen Parteien zuhört, soll das Allheilmittel gegen Wohnungsnot und steigende Mieten der Neubau von Wohnraum sein. Ständig plädieren sie dafür, auch noch die allerletzte Ecke und den allerengsten Zipfel zu bebauen. Wohnungsnot, so argumentieren sie, würde sich angeblich nur durch Unmengen an neu gebauten Wohnungen lösen lassen.

Der aktuelle Wohnungsmarktbericht zeigt jedoch, wie falsch die Verfechter des »Bauen um jeden Preis« gerade im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf liegen. Eine Große Anfrage der Grünen BVV-Fraktion zu diesem Thema zeigte auf, dass weder bei Wohnungsneubau bezahlbare Mietwohnungen entstehen, noch die Eigentumswohnungen, die stattdessen gebaut werden, der Eigennutzung dienen können. Ihre Preise sind so hoch, dass allein Spekulation der Kaufgrund sein kann. Ursache sind hemmungslos steigende Bodenpreise, besonders in unserem dicht bebauten Innenstadtbereich, in dem das öffentliche Bauland in den vergangenen Jahrzehnten zur Haushaltssanierung verkauft worden ist und stattdessen nun private Gewinnmaximierung regiert.



Modernisierung am Spandauer Damm



Spekulationsobjekt im Milieuschutzgebiet Gierkezeile

Wohnungen als Spekulationsobjekte

Was geschieht jedoch, wenn Wohnraum zum reinen Anlageobjekt wird? In London hat diese Entwicklung zur Verdrängung der angestammten Bevölkerung in das weiter entfernte Umland geführt, zu endlos langen Pendlerwegen und zu einer Verödung ganzer Straßenzüge in der Innenstadt. Bedauerlicherweise lässt sich gegen diese Entwicklung entfesselter Bauspekulation, vergleichbar der Finanzspekulation, auf bezirkspolitischer Ebene wenig tun. Handeln muss hier dringend der Bund, beispielsweise bei der Mieten- und Steuergesetzgebung.

Für eine lebenswerte Stadt können wir jedoch auch auf Bezirksebene kämpfen. Zum Beispiel, in dem wir uns nicht von Investoren zu immer mehr, immer höherem, immer größerem Bauen antreiben lassen, sondern sorgsam abwägen, wo und wie neu gebaut wird. Indem wir uns dafür einsetzen, dass in größeren stadtplanerischen Gesamtzusammenhängen gedacht und nicht jedes Grundstück zum Spielball von Einzelinteressen wird. Deshalb habe ich beispielsweise einen Antrag eingebracht, der die Verwaltung auffordert, die seit vielen Jahren ausgesetzte Bereichsentwicklungsplanung wieder als Planungsinstrument des Bezirks zu reaktivieren.

Bauen auf ungenutzten Flächen Berliner Betriebe

Unstrittig ist, dass grundsätzlich neu gebaut werden muss: Nicht nur bezahlbarer Wohnraum, auch soziale Infrastruktur wie Kitas und Schulen. Aber nicht um jeden Preis und überall, sondern wohlüberlegt und abgewogen. Anstatt Grünflächen zu bebauen, wonach viele rufen, und damit wertvolle Flächen für den Natur- und Klimaschutz zu vernichten, muss zunächst ermittelt werden, wo auf bereits versiegelten Flächen gebaut werden kann. Daher habe ich kürzlich einen Antrag gestellt, zunächst die Baupotenziale auf den Parkplätzen, BVG-Depots und BSR-Betriebsflächen des Bezirks zu identifizieren. Weil diese Flächen dem Land Berlin gehören, ist man hier auch noch unabhängig von der Spekulationsspirale der Bodenpreise und kann sogar kostengünstig bauen.



JENNY WIELAND
Sprecherin für Stadtentwicklung

Und da wir Grünen davon überzeugt sind, dass eine wachsende Bevölkerung auch mehr Erholungsflächen benötigt, möchten wir stattdessen Bahnbrachen wie das Westkreuz zu öffentlichen Parks umwandeln. Für das Westkreuz haben wir die Aufstellung eines Bebauungsplans mit dem Ziel Grünfläche in die Wege initiiert.



Den öffentlichen Raum attraktiv nutzen: Das ehemalige Parkwächterhäuschen im Lietzensee-Park als neuer Treffpunkt

Lebendige Kieze erhalten

Am Ende geht es darum, unsere lebendige urbane Vielfalt und Lebensqualität zu erhalten, auch wenn die Stadt dichter wird. Wir möchten keine toten Kieze, keine »Gated Communities«, keine dunklen Straßenräume, in denen die soziale Kontrolle fehlt und man Angst hat, entlang zu gehen. Mit einem Antrag habe ich mich dafür eingesetzt, dass bei der Genehmigung von Bau-

projekten darauf zu geachtet werden soll, dass sich Neubauten auch sozial in Ihr Umfeld einfügen, sich zu ihrer Umgebung hin nicht abschotten, sondern öffnen. Indem beispielsweise in den Erdgeschoss Läden vorgeschrieben werden, anstatt zurückgesetzte Wohnungen hinter Vorgärten zuzulassen, indem wir in Höfen öffentliche Durchwegungen integrieren, anstatt Pri-

vatparks hinter Gittern zu gestatten, indem wir den Senat dazu bringen, die Berliner Bauordnung so zu ändern, dass zwei Meter hohe Zäune in der Innenstadt nicht mehr gebaut werden dürfen.

Londoner Verhältnisse gilt es zu verhindern. Denn »Bauen um jeden Preis« hilft letztendlich allein der unbremsten Bodenspekulation.

DER MILIEUSCHUTZ GREIFT JETZT AUCH IM BEZIRK

Milieuschutz tut not

In vielen Kiezen droht die Verdrängung von Mieter*innen. Wohnungen werden luxusmodernisiert und in Eigentum umgewandelt. Das führt dazu, dass Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können, im Kiez auch keine Neue finden, die sie bezahlen können. Die Miete bei Neuvermietungen stieg in den letzten zwei Jahren um 18,6 Prozent. Der Mietpreis bei neuen Wohnungen liegt

meist bei zwölf, oft auch schon über 18€ den Quadratmeter. Denn der bisherige Bauboom geht an den Bedürfnissen der Wohnungssuchenden vorbei. Es werden fast nur noch Eigentumswohnungen gebaut. Bezahlbare Mietwohnungen entstehen nur noch über die Kooperative Bauandentwicklung, die der Senat eingeführt hat.

CDU und FDP wehren sich gegen diesen Schutz vor der Verdrängung der

Mieter*innen. Sie setzen auf mehr Bauen und die Förderung von Eigentum durch Baukindergeld.

Die von der Bundesregierung beschlossene und vor kurzem verschärfte Mietpreisbremse ist vollkommen wirkungslos. Sie legt z.B. zu hohe Hürden, um den Nachweis gegenüber dem Vermieter zu bringen, dass die Miete zu stark angestiegen ist.



Mierendorff-Insel und Gierkezeile sind jetzt Milieuschutzgebiete

Seit einem Jahr gilt in der Gierkezeile und auf der Mierendorff-Insel der Milieuschutz. Damit muss die Umwandlung von Miet – in Eigentumswohnungen genehmigt werden. Luxus-Sanierung wird verboten und Spekulation bei dem Verkauf von Häusern eingedämmt. So bedarf der Einbau eines Fahrstuhls oder der Anbau eines Balkons über 4 m² einer Genehmigung. Die wird in der Regel nicht erteilt, wenn diese Modernisierung zu einer erhöhten Belastung für die Mieter*innen führt.

NICHT GENEHMIGUNGSFÄHIGE MASSNAHMEN

- nicht erforderliche Grundrissänderungen
- Zusammenlegung oder Teilung von Wohnungen
- Anbau von Balkonen, Wintergärten, Loggien oder Terrassen mit mehr als 4 m² Grundfläche
- Anbau von zweiten Balkonen, Wintergärten, Loggien oder Terrassen
- Einbau eines zweiten WCs
- aufwändige Bad-Sanierung.



Einwohnerantrag für den Klausenerplatz und Umgebung

Über 1.000 Mieter*innen haben den Einwohner*innenantrag der Mieterwerkstatt Klausenerplatz unterstützt, der auch für den Amtsgerichtsplatz, die Pulsstraße und die Sophie Charlottenstraße ein Milieuschutzgebiet fordert. Diesem Einwohnerantrag hat in der Bezirksverordnetenversammlung die rot-grüne Zählgemeinschaft zugestimmt. Damit war das Bezirksamt aufgefordert, auch hier eine entsprechende Verordnung zu erlassen. Der Aufstellungsbeschluss soll bis Ende 2018 gefasst werden. In einer Verordnung wird anschließend der genaue Bereich abgegrenzt. Bis dahin können dann Bauanträge zurückgestellt werden.

Weitere Anträge folgen

In Wilmersdorf hat die Initiative Fasanenplatz auch einen Einwohner*innenantrag auf Milieuschutz gestellt, der von über 1.000 Einwohner*innen unterstützt wird. Auch hier ist zu prüfen, ob die Kriterien angewendet werden können.

Der Bezirk hat jetzt für den gesamten Bereich der Innenstadt innerhalb des S-Bahn-Rings ein neues Grobscreening veranlasst. Es sollen die Gebiete identifiziert werden, in denen der Aufwertungsdruck und der Verdrängungsdruck so hoch sind, dass für sie soziale Erhaltungssatzung erlassen werden können.

Insgesamt muss sich das Bezirksamt dieser Aufgabe stärker stellen und mit entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen ausstatten. Dabei wird der Bezirk jetzt auch durch den Senat unterstützt, der pro Milieuschutzgebiet eine halbe Stelle zusätzlich bewilligt. Auch wollen wir, dass der Senat prüft, ob nicht innerhalb des gesamten Berliner S-Bahn-Rings die Bedingungen für den Milieuschutz gegeben sind.

Mehr zu Milieuschutz im Bezirk

www.milieuschutz.charlottenburg-wilmersdorf.de



ANSGAR GUSY
Sprecher für Baupolitik

Mieterberatung im Bezirk

Noch gibt es keine niedrigschwellige Mieterberatung im Bezirk. Bei folgenden Stellen können Sie sich nach telefonischer Voranmeldung beraten lassen.

Rathaus Charlottenburg, Raum 245a

Freitag 17 – 19 Uhr

Telefonische Terminvereinbarung freitags von 8 – 9 Uhr unter der **TEL.: 9029-18752**.

Es werden 6 Termine vergeben.

Dienstgebäude

Hohenzollerndamm 174 – 177, Raum 1042

Donnerstag 15 – 19 Uhr

Jeden 1., 3. oder 5. Montag von 8 – 12 Uhr

Jeden 2. oder 4. Mittwoch von 8 – 12 Uhr

Telefonische Terminanmeldung donnerstags von 12 – 13 Uhr unter der **TEL.: 9029-16 229**.

Es werden jeweils 12 Termine vergeben.

Dienstgebäude Heerstraße 12, Raum 25

Dienstag 16 – 18 Uhr

Telefonische Terminanmeldung dienstags von 12 – 13 Uhr unter der **TEL.: 9029-17631**.

Es werden 6 Termine vergeben.

Dienstgebäude Rudolf-Mosse-Stift

Rudolf-Mosse-Straße 11

im Umwelt- und Naturschutzamt,

linker Eingang, Erdgeschoss,

Raum neben der Geschäftsstelle

Montag 14 – 16 Uhr

Telefonische Terminanmeldung montags von 11 – 12 Uhr unter der **TEL.: 9029-18888**.

Es werden 6 Termine vergeben.

Stadtteilzentrum Halemweg 18, Raum 101

Donnerstag 15 – 17 Uhr

Telefonische Terminanmeldung montags von 10 – 11 Uhr unter der **TEL.: 9029-25260**.

Es werden 6 Termine vergeben.

DER BEZIRK WIRD »FAIR & BIO«

Vor 18 Monaten wurde die Stabsstelle »Bildung für nachhaltige Entwicklung« eingerichtet. Damit will die rot-grüne Zählgemeinschaft die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen im täglichen Leben in Charlot-

tenburg-Wilmersdorf verankern. Das erste Jahr war im Wesentlichen mit der Konzeptentwicklung und ersten Aktivitäten der politischen Bildung gefüllt. Jetzt greifen auch die ersten praktischen Beschlüsse.



Mehr zu allen Zielen unter: www.17ziele.de

Faire Produkte in Kantinen und auf Straßenfesten

Pächter und Nutzer von bezirklichen Flächen und Räumen für die Gastronomie müssen einen Anteil an Produkten aus fairer und biologischer Herstellung anbieten. Dies gilt auch für Veranstaltungen, die öffentliches Straßenland nutzen, wie zum Beispiel Märkte und Straßenfeste.

Keine Grabsteine aus Kinderarbeit

Als nächster Schritt ist in diesem Jahr noch ein Beschluss zu den Grabsteinen auf den bezirklichen Friedhöfen geplant. Viele dieser Steine kommen aus asiatischen Ländern. Obwohl Kinderarbeit durch die Internationale Arbeitsorganisation verboten ist, hat gerade in diesem Jahr eine Recherchetour des katholischen Hilfswerk Misereor wiederum herausgefunden, dass in Indien in 7 von 8 besuchten Steinbrüchen Kinderarbeit zur Regel gehörte. Auf den bezirklichen Friedhöfen sollen daher nur Steine aus europäischer Produktion oder mit einem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit anerkannten Label aufgestellt werden dürfen.

Fairer Sport

Zu guter Letzt hat das Bezirksamt auch tief in die Taschen gegriffen und für 10.000 Euro neue Fuß-, Hand- und Volleybälle für die Schulen aus fairer Produktion gekauft. Auf Anregung der Stabsstelle BNE hat die Schulabteilung dafür Mittel bereitgestellt. Schulen können nun also jeweils ein Netz mit 15 neuen Bällen bekommen, ohne ihren eigenen Anschaffungset zu belasten. Dafür klären sie ihre Schüler/innen im Rahmen einer Projektwoche oder eines Projekttag darüber auf, was der Unterschied zwischen den Bällen aus fairer Produktion und anderen Bällen ist.

Neben diesen Maßnahmen innerhalb der Bezirksverwaltung sind wir natürlich weiterhin sehr aktiv bei der Ansprache von Unternehmen im Bezirk und in der Öffentlichkeitsarbeit. Während der Leichtathletik-Europameisterschaft gab es einen großen Informationsstand zum Thema »fair trade im Sport«. Damit wurde ein breites Publikum erreicht und über die Herstellungsbedingungen insbesondere bei Bällen und Trikots informiert.

Fairtrade Town Charlottenburg- Wilmersdorf

Seit 2011 ist der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf Fairtrade Town. Von Anfang an waren Mitarbeiter/innen des Weltladens A Janela intensiv in die Kampagnenarbeit eingebunden. Der Weltladen ist das Zentrum des Fairen Handels im Bezirk, wo sich auch regelmäßig die Steuerungsgruppe trifft.



<https://gruenlink.de/1jwm>

Adresse | Kontakt

Emser Str. 45

10719 Berlin

Tel. 030 – 88 68 08 77

✉ info@ajanela.de



**OLIVER
SCHRUOFFENEGER**

Stadtrat für Stadtentwicklung,
Bauen und Umwelt

Filmreihe zur Nachhaltigkeit

Damit wollen wir aufklären und die Einwohner*innen motivieren, bewusst einzukaufen und so Einfluss auf nachhaltige und soziale Produktionsbedingungen gerade auch in anderen Ländern zu nehmen.

An jedem ersten Freitag im Monat läuft im Delphi Lux unsere Filmreihe #2030. Hier werden Filme zu Zielen der Nachhaltigkeit gezeigt und gemeinsam diskutiert.

Filmreihe #2030

auf Facebook:

www.facebook.com/filmreihe2030



Klima retten, Fluchtursachen verhindern

So schwer ist es für jeden einzelnen nicht, das Klima zu retten oder Ursachen zur Flucht zu verhindern. Anders einkaufen und bewusst konsumieren sind eine Stellschraube, um nachhaltige und umweltschonende Produktion zu fördern. Damit unser Lebensstandard nicht zu Lasten anderer geht. Wir haben mittlerweile das Wissen und die Technologien, die allen Menschen auf der Welt ein erträgliches Leben ermöglichen könnten. Mit unseren Aktivitäten wollen wir einen Beitrag dazu leisten. So kann die notwendige Bewegung entstehen, die individuelle Verhaltensänderungen und notwendige rechtliche Rahmenbedingungen nicht in Konkurrenz zueinander stellt, sondern als zwei unverzichtbare parallel Handlungsstränge ansieht.

MEHR GRÜNE STADTNATUR



Bäume kühlen die Sommerhitze

Die Trockenschäden des Jahrhundertssommers 2018 lassen sich noch gar nicht beziffern. Nicht nur die Bauern in den Flächenländern haben Ernteeinbußen zu beklagen, auch unsere Grün- und Erholungsflächen und das städtische Rahmenbegleitgrün weisen erhebliche Schäden auf. Besonderen Hitzestress haben die Straßenbäume durch die große Wärmerückstrahlung der versiegelten Flächen, welche die staubtrockenen Baumscheiben umgeben. Große Bäume verdunsten an einem Sonnentag ungefähr 110 Liter Wasser und produzieren dabei Verdunstungskälte und um die 9.000 Liter Sauerstoff. Würde man diese Kühlungsleistung eines Baumes von ca. 70.000 Wattstunden künstlich erzeugen, kostete der Strom dafür über 10 €, wohlgernekt pro Baum. Ohne die vielen Bäume wäre der Hitzestress in der Stadt also deutlich größer. Raumklimatisierung mit herkömmlichen Klimaanlageanlagen sind in der Bilanz – wie alle Kühlungsmaschinen – Wärmeproduzenten. Das Wässern der Vegetation bei Hitze und Trockenheit liegt also nachgewiesenermaßen im Eigeninteresse der Stadt und ihrer Bewohner*innen.



Sträucher vertrocknen

In den städtischen Parks und Grünflächen haben in diesem Jahr allerdings auch zahlreiche an feuchtere Witterungen gewöhnte Zier- und Formgehölze Trockenschäden. Teilweise ist mit einem Totalausfall der Pflanzen zu rechnen. Beispielsweise gibt es deutliche Verluste bei den raumbildenden Hainbuchenhecken auf der Heerstraße.

Auch die Versuchsflächen zur Ansiedlung der heimischen Krautflora in Charlottenburg-Wilmersdorf im Rahmen des »bienenfreundlichen Bezirks« waren mit ihrer autochthonen, also heimischen Saat nicht auf diese ungewöhnliche Trockenzeit eingestellt. Mehr als trockenresistenter Beifuß und die eingeschleppte Kanadische Goldrute konnten oft nicht wachsen.

Bienen freuen sich am Gärtnern

Dennoch leiden unsere wildlebenden Tiere im Bezirk weniger als im Umland, da in einigen gepflegten Gärten und vielen grünen Höfen den ganzen Sommer gewässert wurde. Glücklicherweise ist Berlin im Urstromtal nicht von Wasserknappheit bedroht, sodass ein erhöhter Wasserverbrauch lediglich zur Mehreinnahmen der Berliner Wasserbetriebe führt, aber kaum ökologische Defizite an anderer Stelle zur Folge hat.

Für die landwirtschaftlichen Flächen, auf denen die Nahrungsmittel für die Stadt produziert werden, ist Bewässerung indes keine Lösung. Zu groß wäre der Bedarf an Wasser, selbst bei trockenresistenten Sorten oder Kulturen unter Glas bzw. Plastik, wie bereits beim Spargel und bei Erdbeeren üblich. Auch die Weidetierhaltung wird bei steigenden Temperaturen zum Problem. Eine Milchkuh braucht im Sommer gut 150 Liter Trinkwasser, ein Freizeitpferd immerhin täglich 40 Liter.



SIBYLLE C. CENTGRAF

Sprecherin für Klimaschutz
und Liegenschaften

Deckfrüchte für die Landwirtschaft

Dabei könnten landwirtschaftliche Bewirtschaftungspraktiken, wie Bepflanzung mit Deckfrüchten, und die Aussaat von Leguminosen auf Weideland einen wesentlichen Beitrag zu den international vereinbarten Klimaschutzzielen leisten, wenn sie großflächig eingeführt werden. Pflanzen nehmen durch Photosynthese viel Kohlenstoff aus der Atmosphäre auf, um zu wachsen, und speichern CO₂ im Boden. Wenn die Landbewirtschaftung den organischen Gehalt von Böden erhöht, erhöht sich die Fruchtbarkeit, Wasserspeicherfähigkeit und Nachhaltigkeit. Auch führt die Kultivierung zur Verringerung von Erosion und erhöht die Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel. Städtisches Gärtnern dient also in mehrfacher Hinsicht dem Klimaschutz und wird im Bezirk entsprechend unterstützt.



VON INTEGRATION ZU VIELFALT

In den letzten Jahren hat die Integration nochmals ein besonderes Augenmerk erhalten. Viele Menschen, die vor einem schrecklichen Krieg in Syrien und anderen Weltkonflikten geflohen sind, haben in Berlin und auch in unserem Bezirk Zuflucht gefunden. ,Anfangs ging es vor allem darum die Menschen unterzubringen und zu versorgen. Dass dies in unserem Bezirk gut gelungen ist, ist vor allem der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und den vielen ehrenamtliche Helfer*innen zu verdanken.

Aber wie geht es nun weiter? Wie können wir dafür sorgen, dass diejenigen, die zu uns gekommen sind sich gut integrieren und Teil unserer Gesellschaft werden? Was bedeutet Integration eigentlich?

Integrare kommt aus dem Lateinischen und steht für »erneuern, ergänzen, geistig auffrischen«. Diese Übersetzung macht klar, dass mit Integration und Integrationspolitik keine Einbahnstraße gemeint ist. Sie gibt jeder Gesellschaft die Chance, sich durch den Prozess der Integration zu erneuern, zu ergänzen und geistig aufzufrischen.

Integrationsprojekte im Bezirk

nachbarschaft e.V.

<https://gruenlink.de/1jwl>



Raum für Kunst,
Kultur & Begegnung

<https://gruenlink.de/1jwk>

Inklusion und Diversity

Integration hat nicht nur mit den Geflüchteten zu tun, die zu uns gekommen sind. Es geht auch um die vielen anderen Gruppen, die in unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden. Insbesondere sind hier die Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen zu nennen, die nicht nur im Bereich Schule und Kita selbstverständlich sein sollten sondern auch in allen anderen Lebensbereichen. Dass Vielfalt (Diversity) keine Belastung, sondern eine Bereicherung ist, haben auch die großen Firmen längst verstanden. Studien belegen, dass Teams, die aus unterschiedlichen Mitgliedern bezüglich Alter, Geschlecht, Erfahrung, Herkunft, Arbeitsweise usw.

zusammengesetzt sind, bessere Leistungen erbringen.

Die Integration von Berliner*innen mit Migrationshintergrund der 2. und 3. Generation darf auch nicht vernachlässigt werden.

In unserem Bezirk gibt es zahlreiche interkulturelle Zentren, deren gute Arbeit es weiterhin zu unterstützen und auszubauen gilt. Es ist wichtig, dass wir gute Projekte auf die Beine stellen, wie z.B. das Nachbarschafts-Haus (mit 2 ff. Da will man wohl wirklich was Schaffen) in der ehemaligen Revierunterkunft im Volkspark Wilmersdorf. Oder die Ulme 35, die mit kulturellen Angeboten oder einem Kaffee die Begegnung fördert.



Integration durch Städtebau

Für die Unterbringung Geflüchteter hat der Senat ein Konzept mit unterschiedlichen Stufen entwickelt. So ist eine Unterkunft für 580 Geflüchtete in der Quedlinburger Straße geplant. Der grüne Stadtrat konnte durchsetzen, dass dort auch ein Nachbarschaftstreff und eine Kita das Haus beleben. Doch für uns Grüne steht fest, dass Unterkünfte für Geflüchtete sich in die Umgebung integrieren müssen. Auch Student*innen und Familien sollten in den Häusern wohnen. Wir glauben,

dass Integration besser gelingt, wenn Unterkünfte für Geflüchtete mit nicht mehr als 150 Plätzen eingerichtet werden. Deshalb haben wir das Bezirksamt aufgefordert, nach weiteren Grundstücken zu suchen, um gemeinsam Unterkünfte und Wohnungen zu bauen.



SUSAN DREWS

Sprecherin für Umwelt & Naturschutz, Integration



PARWIN KOU LOUBANDI

Sprecherin für Weiterbildung, Schriftführerin der Bezirksverordnetenversammlung



Interkulturelle Kompetenz auch im Arbeitsleben

Interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung ist auch ein wichtiger Punkt. Denn Integration kann nur gelingen, wenn an den Schaltstellen Menschen sitzen, die für diesen Bereich sensibilisiert sind. Da hat sich schon etwas getan, aber es gibt noch viel Luft nach oben. Ebenso wichtig ist es neue Ideen zu verwirklichen, wie z.B. die Idee unseres grünen Baustadtrates Oliver Schruoffeneger, syrische Student*innen eine Masterarbeit über die Sanierung unseres denkmalgeschützten Rathauses Charlottenburg schreiben zu lassen. Da läuft Integration ganz praktisch und ist vielleicht auch ganz nebenbei eine Möglichkeit, neues Personal für die gebeutelte Bauverwaltung zu gewinnen. Wir brauchen mehr solcher Projekte, schnell und auf unbürokratischem Weg ohne viel Verwaltungsaufwand.



CHRISTOPH WAPLER

Fraktionsvorsitzender, Sprecher für
Haushalt und Ordnung

PERSONALNOT IM BEZIRK: WORTE SIND GENUG GEWECHSELT...

■ Elterngeld, Beurkundungen, Bauanträge – überall das gleiche Bild: mit der Zahl der Anträge wachsen die Aktenstapel und ziehen sich Bearbeitungszeiten in die Länge. An der Überlastung der Verwaltung leiden Bürger*innen und Beschäftigte gleichermaßen. Die verbreitete Personalnot beklagt der Bezirk schon lange, die Betroffenen wollen Taten sehen.

»Sparen bis es quietscht« hieß es noch bis zur Wahl 2016 unter dem alten Senat. Das Schrumpfen der Verwaltung ist unter rot-rot-grün zum Glück Geschichte. Es war absehbar, dass ein solcher Raubbau die Leistungsfähigkeit der Verwaltung massiv bedroht. Seitdem hat das Land endlich umgesteuert und schafft für die wachsende Stadt tausende zusätzliche Stellen – auch in den Bezirken.

Bewerber*innen fehlen

Das Problem ist heute nicht mehr in erster Linie die Zahl der Stellen, es ist ihre Besetzung. Hunderte Stellen sind vakant und Bewerber*innen fehlen. Der viel zu hohe Krankenstand macht deutlich, wie die vergangenen Kürzungen die Mitarbeit*innen strapaziert haben. Die Personalstruktur ist so ausgedünnt, dass schon der Ausfall weniger Mitarbeiter*innen ganze Fachbereiche lahmlegen kann.

Es reicht also nicht, sich auf das Land zu verlassen. Eine gute Personalplanung muss der Bezirk schon selbst leisten. Das Bezirksamt hat sich den Herausforderungen mit der Einrichtung eines zentralen Personalmanagements gestellt. In der Bezirksverordnetenversammlung wollten wir von Bezirksbürgermeister Naumann wissen, wie das Bezirksamt der angespannten Situation in allen Abteilungen begegnet.

Kooperation statt Abwerbung

Die seither geführte Debatte macht deutlich, dass vor dem Bezirk noch große Aufgaben liegen. So wird das Problem des Fachkräftemangels noch verschärft durch umständliche Besetzungsverfahren. Es ist einerseits gelungen, die Verfahrensdauer von der Veröffentlichung bis zur Einstellung zu verkürzen, trotzdem springen immer noch zu viele Bewerber*innen ab. Der Bezirk ist erklärter Vorreiter bei der digitalen Verwaltung – hier bieten einheitliche Verfahren noch viele Möglichkeiten, zügiger einzustellen.

Beschleunigung ist indes nicht genug. Um die wenigen Fachkräfte liefern sich die Berliner Behörden regelrechte Konkurrenzkämpfe. Statt Abwerbungen brauchen wir mehr Kooperation. Und eine erweiterte Zu-

sammenarbeit mit JobCentern wie mit Fachhochschulen und Universitäten. Der Campus Charlottenburg bietet dafür beste Voraussetzungen. Der Bezirk selbst muss mehr ausbilden und sichere Übernahmen bieten.

Gute Bezahlung und Wertschätzung

Nicht zuletzt: die Beschäftigten müssen endlich angemessen bezahlt werden. Auf Landesebene hat sich die Koalition die Reform der Tarifstruktur vorgenommen. Ein weiteres Hindernis kann das Bezirksamt selbst beseitigen: im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter*innen können flexible Arbeitszeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wertschätzung, Fortbildung und Aufstiegschancen ausschlaggebend sein. Der Bezirk muss ein besserer Arbeitgeber werden.

Die Berliner*innen erwarten zu Recht, dass die Behörden ihren Job machen. Ideen gibt es genug. In der Politik muss freilich auch der Wille und die Kraft vorhanden sein, die notwendigen Reformen umzusetzen. In der Bezirksverordnetenversammlung und im Bezirksamt werden wir deshalb konsequent und nachhaltig alle Anstrengungen für den Wiederaufbau der Verwaltung unterstützen, damit der Bezirk den Ansprüchen seiner Bürger*innen gerecht werden kann.



DAS MORGENDLICHE VERKEHRSSCHAOS VOR DEN SCHULEN EINDÄMMEN!



DR. PETRA VANDREY

Fraktionsvorsitzende,
Schulpolitische Sprecherin

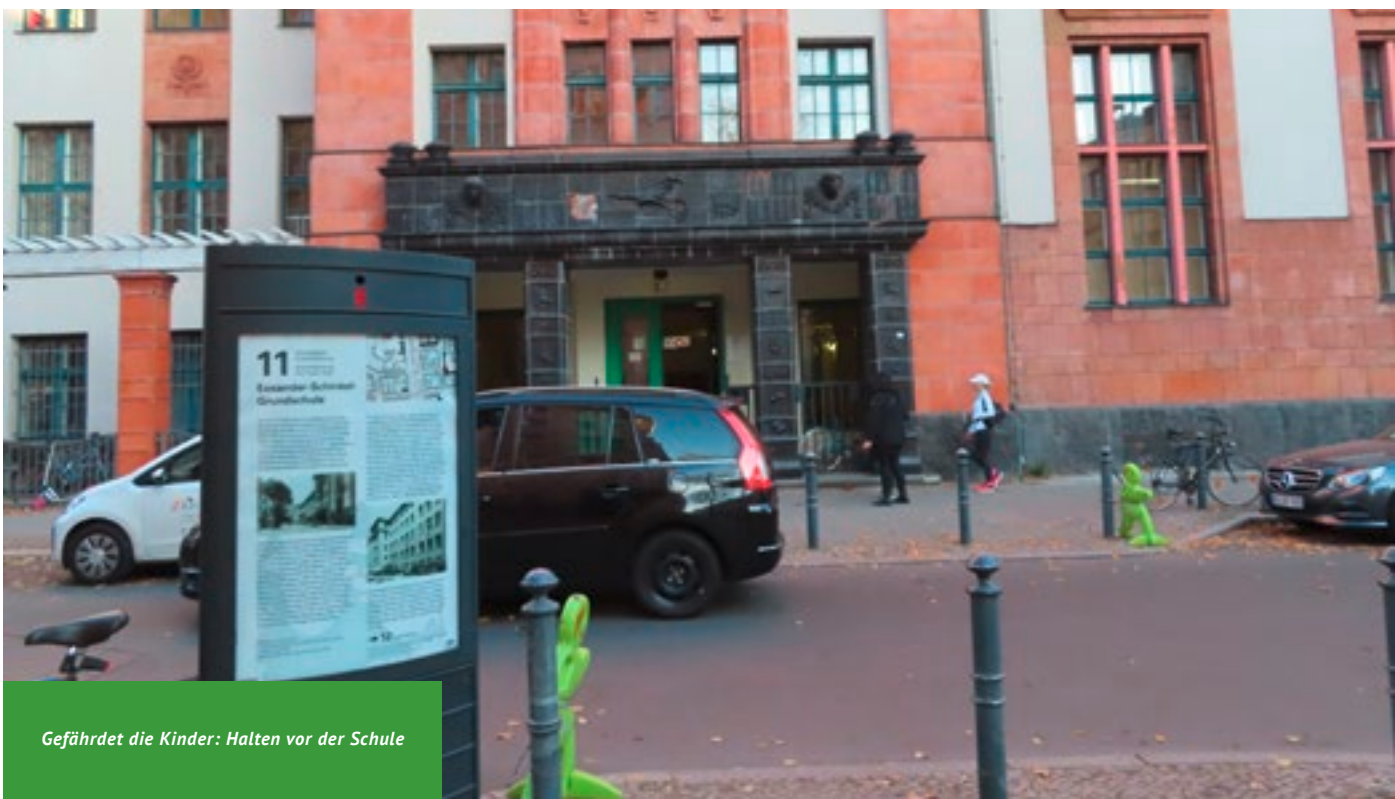
Das morgendliche Verkehrschaos vor den Schulen unseres Bezirks wird immer extremer. Ein erhebliches Sicherheitsproblem stellt der Verkehr von Eltern, die ihre Kinder zur Schule bringen, dar. Eltern fahren ihre Kinder jetzt schon mit dem Auto zur Schule, weil sie nicht wollen, dass andere Eltern, die ihre Kinder fahren, die eigenen Kinder umfahren. Kinder im Straßenverkehr sind inzwischen am erheblichsten gefährdet durch Autofahrende Eltern auf dem Schulweg. Ein Teufelskreis! Inzwischen gibt es in unserem Bezirk Schulen, die sich nicht einmal mehr trauen, Grundschulkindern als Schülerlots*innen

einzusetzen, weil sie um ihre Sicherheit besorgt sind.

Wir Grüne in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf fordern daher ein bezirkliches Gesamtkonzept zur Schulwegsicherheit und konkrete Maßnahmen, um dem morgendlichen Wahnsinn vor unseren Schulen endlich Herr zu werden.

»walking bus«

Projekte aus anderen Städten können dabei Vorbild sein, zum Beispiel das Projekt »walking bus«, bei dem Kinder sich im Einzugsbereich ihrer Grundschule zu Fuß an »Haltestellen« treffen, um gemeinsam zur Schule zu gehen. Die Kinder nehmen ihre Welt viel intensiver und selbstbestimmter wahr, als wenn sie sich von Eltern vor die Schule chauffieren lassen.



Falschparker erschweren die Sicht

In die Bezirksverordnetenversammlung haben wir im Oktober 2018 einen konkreten Antrag betreffend die Schulwegsicherheit in der Waldschulallee eingebracht, nachdem wir dort mit Kindern, Eltern, Schule und Anwohner*innen gesprochen haben. Die Situation dort ist besonders dramatisch. Es herrscht Chaos jeden Morgen. Insbesondere die auf dem Gehweg verkehrswidrig parkenden Autos der Eltern, die Falschparken in Kauf nehmen, um ihre Kinder in die Schule zu führen, vergrößern das Chaos. Kinder, die zu Fuß gehen oder mit dem Rad kommen, müssen sich zwischen den falsch parkenden Autos hindurchschlängeln. Halteverbote werden von vielen Eltern schlicht ignoriert. Aktionen der Schulen wie beispielsweise das Projekt »Zu Fuß zur Schule« sind begrüßenswert, bleiben auf das morgendliche Chaos jedoch ohne große konkrete Wirkung. Ab und an verteilte Strafzettel helfen ebenfalls nicht weiter.

Das Bezirksamt muss prüfen, welche Maßnahmen zur einer tatsächlichen Verbesserung führen können. Hierbei sollten alle verkehrsrechtlich zulässigen Maßnahmen geprüft werden, auch einschneidende Maßnahmen wie eine Sperrung der zur Schule führenden Straßen (außer für Anwohner*innen und Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr, Polizei, BSR). Denn die Sicherheit der Kinder ist wichtiger als die Bequemlichkeit der Auto fahrenden Eltern. Konkret fordern wir, zeitnah zunächst falsch parkende Autos rigoros abzuschleppen und weitere Poller zu installieren, um das Falschparken auf dem Gehweg zu verhindern.



Sauerstoff und Selbstbewusstsein tanken

Nicht nur die Schulen in der Waldschulallee, auch viele andere Schulen unseres Bezirks haben das Problem, dass frühmorgens ein gefährliches Chaos vor dem Schultor herrscht. Wir sind mit weiteren Schulen im Gespräch, um zu prüfen, was konkret an einzelnen Schulen verbessert werden kann. Ohne ein Gesamtkonzept und vor allem ohne eine langfristig andere Einstellung von Eltern wird es aber nicht gehen. Daher ist es uns wichtig, an die Vernunft der Eltern zu appellieren, die Gefahren für die Kinder aufzuzeigen und vor allem die Vorteile, wenn ein Kind den Schulweg selbst bewältigt. Denn ein Kind, das morgens selbstständig zur Schule kommt – sei es mit der BVG, dem Rad oder zu Fuß, hilft nicht nur, das Verkehrschaos vor den Schulen zu vermindern. Es tankt jeden Morgen Sauerstoff, Bewegung und außerdem – eine große Portion Selbstbewusstsein.

GRÜNE VERKEHRSKONZEPTE



Aktion des ADFC City-West für einen geschützten Radstreifen



Radroutennetz für Charlottenburg-Wilmersdorf weiterentwickeln

Mit dem Fahrrad über die Brandenburgische Straße, Lewishamstraße und Kaiser-Friedrich-Straße den Bezirk in Nord-Süd-Richtung queren, das ist Teil des bisherigen Verkehrskonzepts, aus dem Jahr 2016. Nächstes Jahr wird ein erster Teil der Maßnahmen umgesetzt. Doch durch die erfreuliche Steigerung des Radverkehrs ist der Anspruch an mehr Infrastruktur gewachsen. Die Berliner Koalition hat dazu den ersten Teil des Mobilitätsgesetzes verabschiedet. Ein Schwerpunkt dieser Initiative setzt den in der ersten Stufe erfolgreichen Volksentscheid Fahrrad mit dem Radgesetz um. Mit diesem erstmalig von einem Bundesland verabschiedeten Gesetz zur Mobilität verlagert Berlin den Schwerpunkt der Investitionen vom motorisierten Individualverkehr (MIV) zum Umweltverbund von Bahn, Bus, Radfahren und zu Fuß gehen. Damit ist das Ziel klar: Ohne Auto gut mobil sein zu können. Mit dem Radgesetz ist definiert, dass an Hauptstraßen geschützte Radstreifen gebaut werden. Zur Umsetzung wurde die InfraVelo GmbH auf Landesebene gegründet. Sie setzt die Planung und den Bau um. Damit sind die Herausforderungen auch für unseren Bezirk stark gestiegen. Um den Anteil am Radverkehr weiter zu erhöhen und dem bisherigen Anstieg gerecht zu werden, soll die Fahrradinfrastruktur ausgebaut werden. Die Bezirke haben je zwei Radplanstellen bekommen. Nach einer zweiten nötigen Ausschreibung wurden zwei Planer für Charlottenburg-Wilmersdorf gefunden. Der Spreeradweg soll von



**ALEXANDER
KAAS ELIAS**

Sprecher für Mobilität

der landeseigenen Gesellschaft weiter ausgebaut werden.

Durch die neue gesetzliche Grundlage wollen wir die Vorschläge des Verkehrskonzeptes angehen und das Radroutennetz des Bezirkes auszubauen. Grundlage hierfür können die bereits vorhandenen Radrouten wie auch die Vorschläge sowohl des bezirklichen Verkehrskonzeptes wie die des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) City West und des Netzwerkes Fahrradfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf (NFCW) sein. Wir haben in der BVV beantragt, aus diesem das Radroutennetz für den Bezirk weiterzuentwickeln. Unterstützen soll dabei der »Fahr-Rat«; hier sind Fahrrad- & Umweltverbände, BVG, Bezirksamt und die Fraktionen vertreten. Die Grüne AG Verkehr ist hier dran und will Lückenschlüsse und Prioritäten erarbeiten. Wer hier mitwirken will, ist willkommen.

Antrag »Bezirkliches Radnetz weiter entwickeln«
<https://gruenlink.de/1hat>

**Verkehrskonzept für
Charlottenburg-Wilmersdorf**
<https://gruenlink.de/1jnv>

**Vorschläge zum
Radroutennetz der Verbände**
<https://gruenlink.de/1jnw>

Gefahr durch Falschparkende Autos – Kreuzungen sicherer gestalten – Falschparken konsequent angehen

An vielen Kreuzungen im Kiez kommen Fußgänger*innen kaum noch über die Straße, mit Kinderwagen, Trolley oder gar im Rollstuhl müssen sie Umwege gehen. Denn Autos parken bis weit in die Kreuzungen hinein. Kinder können nicht mehr sehen, ob ein Auto kommt und werden auch nicht gesehen. Autofahrende ärgern sich über Radfahrende, die auf die Fahrbahn ausweichen, weil Lieferwagen und andere Autos den Radstreifen versperren. Eine gefährliche Situation für Radfahrer*innen. Das Problem ist lange bekannt und scheint noch zuzunehmen.

Dagegen hilft nur konsequentes Abschleppen. Zwar wird in unserem Bezirk öfter abgeschleppt als in anderen Bezirken, aber das ist der Innenstadt geschuldet. Schwerpunktaktionen, bei denen über Monate hinweg konsequent alle falsch parkenden Fahrzeuge in bestimmten Straßen abgeschleppt werden, zeigen in anderen Bezirken Wirkung. Dies fordern wir auch für unseren Bezirk für Radstreifen, die sehr oft zugeparkt sind, wie z.B. in der Schlüterstraße.

Aber auch an der Gierkezeile direkt vor der Kita und der Schule oder an

vergleichbaren Kreuzungen soll regelmäßig mit Abschleppaktionen gegen Falschparker vorgegangen werden. Denn die Knöllchen, die verteilt werden, zeigen leider keine Wirkung und das Unrechtsbewusstsein ist gering. Den Autofahrenden scheint nicht bewusst zu sein, welche gefährlichen Situationen sie provozieren, wenn sie das Auto auf Kreuzungen abstellen. Falschparken ist kein Kavaliersdelikt.



Kreuzungen umbauen

Um an Kreuzungen sicher die Straße queren zu können, sollen die Querbereiche vorgestreckt werden und gegen falschparkende Autos geschützt werden. Um den Kreuzungsbereich freizuhalten, wollen wir, dass der Bezirk Fahrradbügel auf der Straße montiert, so dass der Sichtbereich zwischen Autofahrenden und Fußgänger*innen frei bleibt.

Freie Fahrt für Busse

Zugeparkte Busspuren sollen bald der Vergangenheit angehören. Die BVG darf jetzt selbst Knöllchen verteilen und Autos, die auf Busspuren parken, abschleppen. Dafür hat sie sechs Abschleppwagen angeschafft. Das kommt allen Busfahrenden zugute.

Antrag und BVV-Beschluss »Abschleppaktionen gegen Falschparkende durchführen«

<https://gruenlink.de/1jwo>

Antrag »Kreuzungen für alle sicher gestalten«

<https://gruenlink.de/1jwp>

MUSIKUNTERRICHT FÜR ALLE IN UNSEREM BEZIRK



DAGMAR KEMPF
Kulturpolitische Sprecherin



Musikschule City-West

Die Musikschule City-West ist weit über die Grenzen des Bezirks hinaus als ein Bildungsinstitut hervorragender Qualität bekannt. Kinder, Jugendliche und Erwachsene können hier fast jedes Instrument und auch Gesang lernen.

Nahezu 5000 Schüler*innen werden von 260 qualifizierten Lehrkräften im Instrumental- und Vokalunterricht einzeln und in Gruppen sowohl an den drei fachgerecht ausgestatteten Standorten in Schmargendorf, Westend und Wilmersdorf als auch in den Räumen allgemeinbildender Schulen im ganzen Bezirk unterrichtet. Die Musikschule ist für jede*n offen und wohnortnah zu erreichen. Wer Sozialleistungen oder einen Niedriglohn erhält, kann eine Entgeltermäßigung beantragen.

Miteinander Musik machen ist das Motto unserer Musikschule

Das Unterrichtsangebot umfasst nahezu alle Instrumental- und Vokalfächer in sämtlichen Stilrichtungen, von klassischer bis zeitgenössischer Musik. Spezielle Angebote für allgemeinbildende Schulen und gezielte Vorbereitungen für ein Hochschulstudium runden das umfangreiche Angebot ab. Unterstützt vom Freundeskreis, begeistern die Jugendorchester, Bands und Chöre mit ihren Lehrkräften in rund 300 Veranstaltungen jährlich ihr Publikum. Die Musikschule ist damit für unser bezirkliches Kulturangebot unersetzlich.

Soziale Absicherung durch Festanstellung, Kooperationen wieder möglich

Obwohl die Musikschule durch ihre erfolgreiche Arbeit bei der Finanzierung des Bezirks seit Jahren zu den »Budgetgewinnern« zählt, hat sie schwere Zeiten hinter sich. Nach jahrelangem Spardiktat und Abbau der festangestellten Mitarbeiter*innen stellte die Deutsche Rentenversicherung bereits 2011 fest, dass die vielen freiberuflichen Lehrkräfte in Musikschulen oft scheinselfständig beschäftigt sind. Der Senat war aufgefordert, die Honorarverträge an den Berliner Musikschulen zu prüfen und neu zu regeln. Auch der Elternbeirat der Musikschule setzte sich vehement für eine Verbesserung der Personalsituation ein. Es folgte eine aufwändige Umstellung der Verträge mit einem neuen IT-Verfahren, das wegen fehlenden Personals nicht umgehend eingesetzt werden konnte. Durch die Besetzung von drei weiteren Stellen in der Verwaltung ist die Musikschule endlich wieder voll arbeitsfähig.

Mit dem Senatsbeschluss, mindestens 20% des Unterrichts mit festangestellten Kräften zu organisieren, hat die Musikschule 17,9 Stellenanteile für Musikschullehrer*innen in 2018 dazu bekommen. So konnte eine bessere finanzielle und soziale Absicherung für einen Teil der Lehrkräfte erreicht werden. Auch in Zukunft setzen wir uns, mit den Mitarbeiter*innen, den Schüler*innen wie ihren Eltern und dem Landesmusikrat, für weitere Verbesserungen bei den engagierten und hochqualifizierten Lehrkräften an der Musikschule ein, um eine angemessene Bezahlung und eine ordentliche soziale Absicherung zu sichern. Denn so kann die Musikschule wieder dauerhaft kooperieren, zum Beispiel mit den allgemeinbildenden Schulen.

WOHNUNGSLOSIGKEIT UND OBDACHLOSIGKEIT ANGEHEN – ÜBER DIE KÄLTEHILFE HINAUS

Zur kalten Jahreszeit hat im November wieder die Kältehilfe begonnen. Berlinweit wurde mit 1000 Übernachtungsplätzen vom rot-rot-grüne Senat die Hilfe ausgeweitet. Dabei steigt die Zahl derjenigen, die wohnungslos vom Bezirksamt untergebracht werden, erfahren wir auf unsere Anfrage. Viele Wohnungslose sind zwar nicht ohne Obdach, da sie entweder in einer Unterkunft oder bei ihrer Familie, Freundinnen und Freunden wie Bekannten unterkommen. Doch die hohe Zahl von Menschen, die ihre Wohnung verlieren, macht deutlich, dass der Bezirk die Prävention stärken muss. Niedrigschwellig Hilfe ist hier wichtig. Für viele sind die Hürden, Beratungen bei Mietschulden oder anderen schwierigen Lebenslagen anzunehmen, noch immer zu hoch. Doch Möglichkeiten, andere Wohnungen für die Betroffenen zu finden, sind durch verfehlte Liegenschafts- und Wohnungspolitik der letzten Jahre kaum möglich. So muss der Bezirk die Menschen, die Obdach brauchen, in privaten Unterkünften und Hostels unterbringen, die oft wenig geeignet sind, ihnen in ihren Problemlagen nachhaltig weiterzuhelfen. Auch für diese Menschen müssen die Wohnungsgesellschaften ein Angebot schaffen.

KÄLTEHILFE-APP

Große Anfrage und Antwort
»Situation Wohnungsloser in
Charlottenburg-Wilmersdorf«
<https://gruenlink.de/1jwq>

Wieviele Obdachlose gibt es?

Die Zahl der Obdachlosen beruht auf Schätzungen von Initiativen und der Verwaltung. Um das Hilfsangebot genauer und ausreichend planen zu können, hat jetzt der Senat eine alte Forderung der Initiativen aufgegriffen und untersucht, wie viele Obdachlose es gibt. Doch auch so gehen alle davon aus, dass die Zahlen weiter ansteigen werden.

Neben der Kältehilfe wurde in diesem heißen Sommer deutlich, dass obdachlose Menschen auch bei Hitze Hilfe brauchen. Durst und Sonnenbrand verursachten hier besonderes Leid.

Die Kältehilfen für Obdachlose soll sie in schwierigen Situationen unterstützen. Doch das Ziel der Wohnungslosenhilfe muss trotz der schwierigen Rahmenbedingungen sein, dass die Menschen sich wieder zurecht finden und eine Wohnung bekommen.



Was kann ich tun, wenn ich im Winter eine wohnungslose Person in Not bzw. draußen schlafen sehe?

Wenn Sie vermuten, dass die Person unter der Kälte und Witterung leidet, sprechen Sie sie höflich an und fragen, ob sie etwas braucht oder ob sie Hilfe annehmen will. Tagsüber sind in Berlin auch sog. »Streetworker« an den bekannten Brennpunkten unterwegs. Dennoch kann es sein, dass hilfebedürftige Menschen akut unversorgt und gefährdet sind.

Vom 1.11. bis 30.4. sind jeden Abend bis in die Nachtstunden ein Kälte- und ein Wärmebus in Berlin unterwegs, um Menschen ohne Unterkunft aufzusuchen, zu versorgen und kostenfrei in Notunterkünfte zu bringen. Wenn die betroffene Person Hilfe annehmen möchte, rufen Sie ab 18 Uhr den Wärmebus des Berliner Deutschen Roten Kreuzes an und ab 21 Uhr den Kältebus der Berliner Stadtmission.

EINE OMBUDSPERSON FÜR DAS JOBCENTER



**ALEXANDER
KAAS ELIAS**

Sozialpolitischer Sprecher

Seit Mitte 2018 arbeitet im Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf eine Ombudsperson. Die rot-rot-grüne Berliner Koalition hatte diese Stellen vereinbart, und wir haben das mit einem Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung für unseren Bezirk auf den Weg gebracht. An die Ombudsperson kann sich wenden, wer Rat oder Vermittlung zu den Bescheiden des Jobcenters sucht. Dass die Stelle auch besonders nötig war, zeigen die Antworten auf unsere Anfragen. Die Zahl der Widersprüche und Klagen gegen die Bescheide des Jobcenters sind in unserem Bezirk hoch und nicht wenigen Klagen (etwa ein Drittel) wird statt gegeben. Die Kosten der Widersprüche und Klagen beliefen sich 2015 auf 486.116,46 Euro. Zugleich zeigen die Sanktionen gegen Erwerbslose wenig Effekte, mindestens bei etwa zwei Dritteln führen sie nicht zu einem regulären Arbeitsplatz. Die Ombudsstelle, an die sich Betroffene wenden können, ist nicht offiziell für das Jobcenter tätig – sie kann nur vermitteln und beraten.

Generell sind die Sanktionen größtenteils wirkungslos und deshalb abzuschaffen. Dass kann aber nur der Bundesgesetzgeber beschließen. Die Zahlen aus unseren Bezirk zeigen jedenfalls, dass wir andere Instrumente brauchen, um Erwerbslosigkeit zu beenden. Dies ist zum einen die Prävention: Wenn zwei Drittel der Erwerbslosen im Bezirk keine Ausbildung haben, ist es für sie schwer auf dem Arbeitsmarkt. Somit muss ein Schwerpunkt die Aus- und Weiterbildung sein. Mit der 2016 gestarteten Jugendberufsagentur, die zwischen Arbeitsagentur, Jobcenter und Jugendamt vernetzt, ist der Bezirk auf dem richtigen Weg. Jugendliche und junge Erwachsene werden bei ihren Problemen abgeholt und können in eine Ausbildung gebracht werden. Zum anderen sind den verschiedenen Sorgen, die Erwerbslose haben, nicht mit Sanktionen zu begegnen. Hier ist mehr das Fördern gefordert als das Fordern.



WÄRMEBUS
01. November – 31. März
täglich unterwegs
von 18 – 24 Uhr

 0170 910 00 42

KÄLTEBUSSE
01. November – 31. März
täglich unterwegs
von 21 – 3 Uhr

 0178 523 58 38



Antrag und BVV-Beschluss »Eine Ombudsperson für das Jobcenter«
<https://gruenlink.de/1jwr>

Schriftliche Anfrage und Antwort »Fehlerhafte Bescheide des Jobcenters«
<https://gruenlink.de/1jws>

Schriftliche Anfrage und Antwort »Sanktionen im Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf«
<https://gruenlink.de/1jwv>

Schriftliche Anfrage und Antwort »Kosten von Klagen und Widersprüchen gegen Bescheide des Jobcenters Charlottenburg-Wilmersdorf?«
<https://gruenlink.de/1jwu>

Schriftliche Anfrage und Antwort »Widersprüche und Klagen gegen das Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf«
<https://gruenlink.de/1jwv>

UNSERE FRAKTION IN DER BVV



CHRISTOPH WAPLER

Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Haushalt und Ordnung

geboren 1969 in Berlin-Spandau, wohnt in Charlottenburg

Beruf: Rechtsanwalt

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung, IT und Gender Mainstreaming; Bürgerdienste, Wirtschafts- & Ordnungsangelegenheiten; Geschäftsordnung; Ältestenrat

✉ christoph.wapler@gruene-cw.de

🐦 @Ch_Wapler



DR. PETRA VANDREY

Fraktionsvorsitzende, Schulpolitische Sprecherin

geboren 1965 in Berlin Charlottenburg, wohnt in Westend, verheiratet, 3 Kinder

Beruf: Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht

Mitglied in folgenden Ausschüssen: Schule; Jugendhilfe

✉ petra.vandrey@gruene-cw.de



JENNY WIELAND

Sprecherin für Stadtentwicklung

geboren 1967 in Hamburg, wohnt in Charlottenburg

Beruf: Dipl.-Ing. Architektin

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklung; Eingaben und Beschwerden

✉ jenny.wieland@gruene-cw.de



SIBYLLE CENTGRAF

Sprecherin für Klimaschutz und Liegenschaften

geboren: 1966 in Frankfurt am Main wohnt in Charlottenburg

Beruf: Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektin, Politikberaterin für Umwelt- und Klimaschutz

Mitglied in folgenden Ausschüssen: Umwelt, Natur- und Klimaschutz, Liegenschaften & Grünflächen; Rechnungsprüfung

✉ sibylle.centgraf@gmx.de

🐦 @meerblau2



SUSAN DREWS

Sprecherin für Umwelt & Naturschutz, Integration

geboren 1962 in Berlin-Schöneberg, Diplom-Politologin, wohnt in Wilmersdorf, 1 Kind

Beruf: Angestellte im Justizvollzug

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Umwelt, Natur- und Klimaschutz, Liegenschaften & Grünflächen (Vorsitz); Integration; Ältestenrat; Kleingartenbeirat

✉ susan.drews@gruene-cw.de



DAGMAR KEMPF

Sprecherin für Kultur und Wirtschaft

geboren 1957 in Mannheim, wohnt in Wilmersdorf

Beruf: Kommunikationswirtin

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Bürgerdienste, Wirtschafts- & Ordnungsangelegenheiten (Vorsitz); Weiterbildung und Kultur (Vorsitz)

✉ dagmar.kempf@gruene-cw.de



SASCHA TASCHENBERGER

Sprecher für Jugendhilfe

geboren 1969 in Berlin

Beruf: Erzieher

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Jugendhilfe; Soziales, Gesundheit & Arbeit; Behindertenbeirat

✉ sascha.taschenberger@gruene-cw.de



ALEXANDER KOCH

Sprecher für Sportpolitik

geboren 1966 in Berlin Charlottenburg, wohnt in Charlottenburg

Beruf: Justiziar eines Design-Verbandes

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Sport; Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung, IT und Gender Mainstreaming; Geschäftsordnung

✉ alexander.koch@gruene-cw.de



ANSGAR GUSY

Sprecher für Baupolitik

geboren 1962 in Gladbeck, Erzieher,
Diplom-Kommunikationswirt, MBA

Beruf: Geschäftsführer in der Erwachsenen-
bildung und der BVV-Fraktion
Charlottenburg-Wilmersdorf

Mitglied in folgenden Ausschüssen:
Ältestenrat; Verkehr und Tiefbau;
Stadtentwicklung

✉ fraktion@gruene-cw.de

🐦 [@AnsgarGusy](https://twitter.com/AnsgarGusy)



PARWIN KOULOUBANDI

Sprecherin für Weiterbildung
Schriftführerin der
Bezirksverordnetenversammlung

geb. 1969 in München,
wohnt in Wilmersdorf

Beruf: Ingenieurin

Mitglied in folgenden Ausschüssen:
Schule; Integration;
Weiterbildung & Kultur

✉ parwin.koulobandi@gruene-cw.de



ALEXANDER KAAS ELIAS

Sprecher für Arbeit, Soziales und Mobilität

geboren 1973 in Berlin-Charlottenburg,
wohnt in Wilmersdorf

Beruf: Historiker und Politikwissenschaftler,
parlamentarischer Assistent

Mitglied in folgenden Ausschüssen:
Soziales, Gesundheit und Arbeit;
Verkehr und Tiefbau

✉ alexander.kaaselias@gruene-cw.de

🐦 [@_Alex_Berlin](https://twitter.com/_Alex_Berlin)

Kontakt zur Fraktion

Rathaus Charlottenburg
Otto-Suhr-Allee 100 | 10585 Berlin

Fraktionsgeschäftsführer: Ansgar Gusy

Tel.: 030 – 90 29 14 908

Fax: 030 – 90 29 14 914

✉ fraktion@gruene-cw.de

🐦 [@GrueneBVVCW](https://twitter.com/GrueneBVVCW)

Öffnungszeiten:

montags und dienstags von 14–16 Uhr
donnerstags von 12–14 Uhr

Impressum

ViSdP: Ansgar Gusy

Bildnachweis | S.8, A. Janela; S.17,
Tamara Mitransky; S.19, Musikschule City-West,
Josef Holzhauser; S.22-23, Erik Marquardt



MEHR INFOS ZUR
GRÜNEN FRAKTION

WWW.GRUENE-CW.DE



*Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf*